

¡Fijáate!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 799

Mittwoch, 28. Februar 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Indigene Behörden fordern Gesetz zum Gedenken an die spanische Invasion in Guatemala.....	1
Wasserkraftwerk verursacht Verschmutzung des Matanzas-Flusses.....	2
Kanada sanktioniert Consuelo Porras, zwei Staatsanwält*innen und einen Richter.....	3
Bernardo Arévalo auf Europareise.....	3
CC bestätigt die Einstellung des Strafverfahrens gegen einige Ex-Militärs im Fall Creompaz.....	4
Unschöne Feier: Aggressionen des Dekans der Agronomie gegen Studierende angezeigt.....	5
USAC-Fall: Gericht verschärft Straftatbestand für Studierende und Mitarbeiter*innen.....	6
Jubiläums-Heft 800: Habt Ihr Ideen, wie wie es begehen? Habt Ihr was zu berichten?.....	6

Indigene Behörden fordern Gesetz zum Gedenken an die spanische Invasion in Guatemala

Chimaltenango, 17. Februar - Für die indigenen Behörden von Chimaltenango ist der 12. Februar 2024 ein wichtiges Datum im Leben des Maya-Volkes der Kaqchikel, da an diesem Tag vor 500 Jahren die Spanier in das Gebiet eindringen und das Land der Iximulew plünderten. Zu dieser Zeit kam es auch zu Massakern in dem Gebiet.

Zum Gedenken an den Widerstand gegen die fünf Jahrhunderte andauernde Invasion organisierten die indigenen Autoritäten von Chimaltenango zusammen mit anderen sozialen Sektoren eine Veranstaltung, um die Verabschiedung eines Gesetzes einzufordern, das die Ausrufung eines nationalen Trauertages vorsieht, da sie den Invasionsprozess als eine Art «Holocaust» betrachten, den ihre Grosseltern und Vorfahren erlitten haben. Sie fügten hinzu, dass es im 21. Jahrhundert immer noch eine Kontinuität dieser Ausbeutung des Landes und ihrer Menschen gebe.

"Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die "Kaxhlan"-Behörden [*gemeint sind die nicht-indigenen Behörden, d.Red.*], deren Rassismus wir allzu gut kennen, diesen Tag, der für uns Mayas so wichtig ist, nicht einmal erwähnen. Sie schweigen dazu. Sie haben bei der Zweihundertjahrfeier viel Aufhebens um die angebliche Unabhängigkeit Guatemalas gemacht. Heute (12. Februar) sollte ein wichtiger Tag sein. Der wird aber nicht gewürdigt", sagte eine der indigenen Autoritäten während der Veranstaltung.

Andererseits erklärten die indigenen Behörden, dass im Kongress der Republik ein Gesetzentwurf über die Nationalsprachen vorliege, weshalb sie in den nächsten Tagen auch dessen Annahme fordern würden.

Sie bitten den Kongress noch um etwas Anderes: "Die Bedeutung des 106-tägigen Aufstandes, der von einigen indigenen Völkern angeführt wurde, sollte gewürdigt werden, und dann werden wir uns alle zusammenschliessen, um sicherzustellen, dass die Demokratie die Oberhand gewinnt. Wir werden für einen Staat kämpfen, an dem alle Völker beteiligt sind, ein Staat, der pluralistisch, gleichberechtigt und ein inklusiver ist", erklärte Luis Majtzul, indigener Bürgermeister von Patzún, Chimaltenango.

Historische Erinnerung und Gedenken an heilige Stätten

Nan Calixta Xiquin vom Büro des indigenen Bürgermeisters in San José Poaquil, Schriftstellerin, Dichterin und eine Ajq'ij [*eine traditionelle Maya-Priesterin, d.Red.*], erklärte, wie wichtig das Gedenken an den 12. Februar ist, um an heilige Stätten wie Iximché - die wichtigste Stadt der Kaqchikel - in Tecpán, Chimaltenango, und deren Bedeutung zu erinnern.

"Hier vibriert die Gegenwart unserer Vorfahren, unserer Autoritäten, unserer spirituellen Führer*innen, unserer Lehrer*innen. Ein Ort, an dem die Kaqchikel ihre indigene Weisheit in Bezug auf Wissenschaft, Technologie und Kunst hinterlassen haben", sagte sie.



Nan Calixta Xiquin, Foto: Joel Solano, Prensa Comunitaria

Die indigene Autorität von Poaquil fügte hinzu, dass "leider einerseits dieses Tages gedacht wird, weil er für bestimmte Sektoren der Mestiz*innen wichtig ist, aber für uns ist es ein trauriger, schmerzhafter Tag, denn für unser Volk wäre die Geschichte anders verlaufen, wenn die spanische Invasion nicht stattgefunden hätte...".

Xiquin sagte, dass "die Maya eine sehr umfassende, ganzheitliche Kultur haben, die mit ihrer Kosmvision, mit der Integration, der Beziehung zur biologischen Vielfalt, den Elementen, der Natur, der Mutter Erde, dem Wasser, dem Wind und dem Feuer zu tun hat".

Für Nan Calixta Xiquin ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass man als spiritueller Führer*in die Kontinuität der Praxis des täglichen Aufstellens von Kerzen auf den Altären beibehalten müsse – im Gedenken an die Vorfahren, aber auch als Form des Widerstands, als Zeichen, dass sie noch am Leben seien und die Kultur aufrechterhalten. In diesem Sinne wies sie darauf hin, dass die 1996 unterzeichneten Friedensverträge sehr wichtig seien, da sie die Sichtbarkeit der Praktiken der Maya-Spiritualität ermöglichen. Deshalb hoffe sie, dass die Regierung von Bernardo Arévalo die Ahnen- und Gedenkstätten nicht privatisieren werde.

Der Abgeordnete der Partei Movimiento Semilla, Raúl Cuá, bedankte sich bei den indigenen Bürgermeister*innen von Chimaltenango und bekräftigte, dass er auf eine Gesetzesinitiative hoffe, um den 12. Februar zum Trauertag zu erklären, zum Gedenken an alle, die während der Invasion der Halbinsel im Jahr 1524 ums Leben kamen.

"Wir sind hier als Vertreter*innen des Bezirks Chimaltenango, wir sind hier, um einen Beitrag zu leisten und Initiativen zu ergreifen, die von den Menschen kommen. Initiativen wie jene, die unsere Genoss*innen zu organisieren versuchen. wir sind hier, um sie zu unterstützen, deshalb wurden wir gewählt", sagte Cuá.

Indigene Autoritäten aus anderen Gemeinden kamen hinzu

An der Veranstaltung nahm auch der Sekretär des Vorstandes der 48 Kantone von Totonicapán, Jesús Batz, teil. Er sagte: "Wir sind in Solidarität anwesend und hoffen, dass die Gesetzesinitiative berücksichtigt werden kann. Als indigene Völker wurden wir diskriminiert, wir wurden auseinandergerissen. Wir bleiben die Vorangegangenen, die ersten Menschen hier. Diese Einsicht sollte durch diese Gesetzesinitiative bestätigt werden".

Der Kampf der Völker gehe weiter, und die jüngsten Demonstrationen zur Verteidigung der Demokratie zeigten die Solidarität und die Einheit der Völker und seien ein Beispiel für die Umstrukturierung der indigenen Gemeinschaften.



Jesús Batz, Foto: Joel Solano, Prensa Comunitaria

Alberto Salazar, indigener Vizebürgermeister von Sololá, möchte darüber hinaus daran erinnern, dass es den Spaniern durch Betrug und Gewalt gelungen sei, die indigene Bevölkerung ihres Landes zu berauben.

Salazar sagt, dass eine der Lehren aus den 106 Tagen der Mobilisierung für die Demokratie die Fähigkeit zur Einigkeit und Stärke sei, um das Gemeingut zurückzugewinnen. "Leider regt uns die Praxis der schlechten Politik dazu an, uns untereinander Dinge streitig zu machen. Die Invasion geht weiter, in unseren Gebieten, der Kampf der ausländischen Interessen geht weiter. Was wir tun müssen: Wachsam sein und den kommenden Generationen nicht schaden!", schloss Salazar. (Prensa Comunitaria)



Alberto Salazar, Foto: Joel Solano, Prensa Comunitaria

Wasserkraftwerk verursacht Verschmutzung des Matanzas-Flusses

Baja Verapaz, 15. Februar - Am 13. Februar prangerten die Widerstandsgemeinden in der Sierra de las Minas, Baja Verapaz, die Verschmutzung des Matanzas-Flusses an, die nach deren Einschätzung auf den Betrieb des Wasserkraftwerks Sacjá (Sac' Ha) in der Gemeinde Purulhá zurückzuführen ist.

In einem Kommuniqué berichteten die Gemeindemitglieder, dass sie in den letzten 48 Stunden eine Veränderung der Farbe und eine Zunahme der Verschmutzung des Wassers des Flusses Matanzas festgestellt hätten, was sie auf die Erweiterungsarbeiten des Wasserkraftwerks zurückführen, für die freilich keine Genehmigung vorliege.

Das Wasserkraftwerk befindet sich auf der Finca Moxanté, weniger als einen Kilometer vom Fluss Polochic entfernt, der in den Izabal-See fließt. Von der Verschmutzung sind rund 100 indigene Gemeinden betroffen, die sich entlang des Matanzas in der Sierra de las Minas und etwa 40 Kilometer von der Departements-Hauptstadt entfernt befinden.

Das Unternehmen hat seit 2007 eine Genehmigung des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) für die Produktion von 2 Megawatt (MW). Auf seiner Website gibt das Unternehmen jedoch an, eine Kapazität von 6,4 MW zu haben. Laut einer Veröffentlichung von CMI Guatemala ist das Wasserkraftwerk im Besitz von Representaciones Exclusivas Tarot. Einer der Repräsentant*innen ist Jorge Flores, ein Ingenieur, gegen den mehrere Beschwerden von Gemeindemitgliedern, Sozialwissenschaftler*innen und Journalist*innen eingegangen sind. (Prensa Comunitaria)

Kanada sanktioniert Consuelo Porras, zwei Staatsanwält*innen und einen Richter

Ottawa/Guatemala, 20. Februar - Die kanadische Regierung hat Sanktionen gegen Consuelo Porras, zwei Staatsanwält*innen und einen Richter angekündigt, denen sie vorwirft, "direkt oder indirekt die Korruption gefördert und ungestraft schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben", wie das Aussenministerium des Landes in einer Erklärung mitteilte. Die Sanktionen erstrecken sich auf den Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche, die Staatsanwältin Cinthia Monterroso und den Richter Jimi Bremer.

Die aufgelisteten Personen sind auch nach dem Einwanderungs- und Geflüchtetenenschutzgesetz nicht zur Einreise nach Kanada berechtigt, was Teil der in den Verordnungen über wirtschaftliche Sondermassnahmen festgelegten Verbote ist. Zusätzlich beinhalten die Sanktionen ein Verbot, mit anderen gelisteten Personen Transaktionen durchzuführen, sowie das Einfrieren aller Vermögenswerte, die sie womöglich in Kanada besitzen.

Rückendeckung für Arévalos Regierung

Aussenministerin Mélanie Joly kündigte an, dass diese Massnahmen Teil eines neuen Sanktionsregimes im Rahmen des Gesetzes über wirtschaftliche Sondermassnahmen seien, um die Situation in Guatemala zu verbessern: "Die heutige Ankündigung unterstreicht unser Engagement, zu den Bemühungen um Demokratie und Menschenrechte in Guatemala beizutragen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der demokratisch gewählten Regierung von Arévalo", sagte Joly. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Sanktionen mit denen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten übereinstimmen, die als Verbündete gelten und "vor kurzem Massnahmen gegen antidemokratische guatemaltekische Personen verhängt haben".

In der Erklärung der Regierung heisst es weiter, dass "die sanktionierten Personen unermüdlich daran gearbeitet haben, die Demokratie zu untergraben und einen friedlichen Machtwechsel zu verhindern", und dass die Sanktionen dazu dienen werden, "Aktivitäten korrupter Beamt*innen zu verhindern und die demokratisch gewählte Regierung von Bernardo Arévalo zu unterstützen". (...)

Im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen wies die kanadische Regierung darauf hin, dass sie Guatemala im Rahmen ihrer internationalen Hilfsbemühungen durchschnittlich 22 Millionen US-Dollar pro Jahr zur Verfügung stellt. Mit diesen Mitteln sollen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Ernährungsunsicherheit, Naturkatastrophen und mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten sowie Korruption und Straflosigkeit bekämpft werden.

MP reagiert auf Sanktionen

Die Staatsanwaltschaft reagierte ihrerseits mit einer Erklärung auf diese Sanktionen und wies die Anschuldigungen der kanadischen Aussenministerin kategorisch zurück. Ihre Äusserung stelle laut MP "eine ernsthafte Bedrohung für den Rechtsstaat und die Demokratie dar". Die Sanktion sei als Teil der "systematischen Angriffe" gegen die Mitarbeiter*innen der Staatsanwaltschaft zu verstehen: "Einmal mehr sind Mitglieder der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft systematischen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, um sie durch Nötigung und Verletzung ihrer Menschenrechte an der Ausübung der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben zu hindern", heisst es in der Erklärung der MP. Darüber hinaus vertritt die Staatsanwaltschaft in ihrer Stellungnahme die Auffassung, dass diese Massnahme die Unkenntnis Kanadas über das guatemaltekische Rechtssystem beweise, und betont, dass diese die Unabhängigkeit der Ermittlungsbehörde gefährdeten.

Darüber hinaus bekräftigt sie die Aussage des UN-Sonderberichterstatters über die negativen Auswirkungen einseitiger Sanktionen auf die Menschenrechte und argumentiert, dass diese Massnahmen die Rechte der betroffenen Menschen verletzen. Bereits am 2. Februar 2024 hatte sich die MP in diesem Sinne geäussert, als die Europäische Union Sanktionen gegen dieselben Staatsanwält*innen und Richter verhängt hatte. (Prensa Libre)

Bernardo Arévalo auf Europareise

Guatemala, 20. Februar - Guatemalas Präsident Bernardo Arévalo befindet sich auf einer Europareise, deren Stationen Paris, München, Brüssel, Genf und Spanien sind.

Zusammenarbeit mit der EU

Im Januar dieses Jahres trug der starke internationale Druck der EU dazu bei, eine schwere institutionelle Krise in Guatemala abzuwenden und ermöglichte es Arévalo, als Sieger der Wahlen im August 2023 vereidigt zu werden. "Die EU hat eine sehr wichtige Rolle in Bezug auf die politische Unterstützung gespielt. Wir versuchen nun, die politische Unterstützung in konkrete Massnahmen umzusetzen, die die Bemühungen um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes unterstützen", sagte er. "Wir sind daran interessiert, Kooperationsprojekte zu erkunden, Investitionen in grosse Entwicklungsprojekte anzuziehen und zwischen Regierungen und dem Privatsektor zusammenzuarbeiten", erklärte er.

Eines der Projekte, das von einer solchen Zusammenarbeit profitieren könnte, ist die Renovierung des internationalen Flughafens La Aurora in der Hauptstadt Guatemalas. Bei seiner Reise zur Amtseinführung von Arévalo im vergangenen Monat kündigte der Leiter der EU-Diplomatie, Josep Borrell, Investitionen in Höhe von 50 Millionen Euro (...) in Gemeinschaftsprojekte in der Region Petén an. Eine Mission seines Teams werde im März nach Guatemala zurückkehren, um neue Initiativen zu besprechen. Guatemala und die EU unterzeichneten am Dienstag in Brüssel eine Absichtserklärung, die den Dialog zwischen den Parteien systematisiert und den Rahmen für die Entwicklung einer konkreten Agenda für die Beziehungen der EU zu Guatemala festlegt.

Gespräch mit Selenskyj

Vor seinem Besuch in Brüssel war Arévalo in Paris, wo er sich mit Präsident Emmanuel Macron traf, und in München, wo er an der Sicherheitskonferenz teilnahm und mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zusammentraf. Bei diesem Treffen wiederholte der ukrainische Staatschef "die Einladung zur Teilnahme an einem Weltfriedensforum, das darauf abzielt, "Verhandlungslösungen für die Krise in der Ukraine vorzuschlagen", so Arévalo. "Wir glauben, dass die Welt wieder auf den Weg der Verhandlungslösungen zurückkehren muss (...). Es scheint uns, dass Guatemala zu den internationalen Bemühungen etwas beitragen kann", sagte er.

Arévalo auf der Münchener Sicherheitskonferenz

Laut der Webseite der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) sass Arévalo auf einem Panel zum Thema Korruption, an dem der bulgarische Premierminister Nikolai Denkov, ein Vertreter des US-Senats und eine Vertreterin von Transparency International teilnahmen. Er wies dabei auf die 30 Jahre währende Korruption in seinem Land hin, die in einem Teufelskreis die Verbindung zwischen transnationale kriminelle Vereinigungen und Politiker*innen bestärkte. In den Worten Arévalos: "Wenn du korrupte Beamt*innen hast, sind diese meist recht offen für jene grossen Geldgeschenke, die die transnationalen kriminellen Vereinigungen verteilen. Auf der anderen Seite ist die mafiöse Struktur sehr daran interessiert, bestimmte Politiker*innen in die Ämter zu hieven." Dieser Teufelskreis bedroht eine demokratische Politik: "Solange wir nicht anerkennen, dass Korruption nicht nur ein Ärgernis, sondern ein politische Bedrohung darstellt, werden wir nicht in der Lage sein, die Energie, die Fantasie und das Engagement auf internationaler Ebene aufbringen, um Korruption effektiv zu bekämpfen.", sagte er laut der Webseite des Basler Instituts für Governance, deren Mitarbeiterin die Moderation des Panels übernommen hatte (s. <https://baselgovernance.org/blog/msc2024>).

In einem anderen Panel, an dem der guatemalteckische Präsident geladen war, ging es um den "steinigen Weg, wie die globalen Ströme der Migrant*innen und Geflüchteten gemanagt werden können". Teilnehmer*innen waren neben Arévalo die für Migration zuständige EU-Kommissarin, Ylva Johansson, die Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration, Amy Pope, und der Leiter des UNHCR, Filippo Grandi.

Hier wies Arévalo – laut Mitschnitt des Panels (<https://securityconference.org/msc-2024/agenda/event/a-rocky-route-managing-global-migrant-and-refugee-flows/>) – darauf hin, dass 20 % der Guatemalteck*innen ausserhalb des Landes lebten, überwiegend in den USA. Guatemala sei also einerseits ein Land, aus dem viele Menschen emigrierten, weil die Lebensbedingungen keine Perspektiven im eigenen Land zuliessen. Hier gegenzusteuern durch Investitionen in abgehängte Regionen des Landes sei Ziel seiner neuen Regierung. Zudem wolle er in Verhandlungen mit USA und Kanada erreichen, dass die Visabestimmungen für guatemalteckische Arbeitsmigrant*innen erleichtert werden. Auf der anderen Seite sei Guatemala Transitland für Migrant*innen aus Mittel- und Südamerika. Hier sei es notwendig, für eine humane Behandlung der Menschen auf ihrem Weg gen Norden zu sorgen. Über beide Themen – so kündigte Arévalo an – werde im April eine interamerikanische Konferenz in Guatemala stattfinden.

Die Reise des guatemalteckischen Staatschefs führt ihn auch in die Schweiz und endet in Spanien, wo er als Botschafter tätig war und mit Premierminister Pedro Sánchez und König Felipe VI. zusammentreffen wird. (La Hora)

CC bestätigt die Einstellung des Strafverfahrens gegen einige Ex-Militärs im Fall Creompaz

Guatemala, 20. Februar - Das Verfassungsgericht (CC) hat die Entscheidung der Richterin Claudette Domínguez zur Einstellung des Strafverfahrens gegen mehrere pensionierte Militärangehörige, die im Fall Creompaz des Verschwindenlassens von Personen und der Verletzung von Menschenrechten beschuldigt werden, für rechtskräftig erklärt.

Die Staatsanwaltschaft (MP) hatte über ihre Abteilung für Menschenrechte versucht, die Entscheidung der Richterin rückgängig zu machen und das Urteil anzufechten. Der CC lehnte den Antrag jedoch ab. Der Beschluss wurde von folgenden Richtern unterzeichnet: Héctor Hugo Pérez Aguilera (Präsident), Néster Vásquez Pimentel (Titular), Roberto Molina Barreto (Titular), Juan José Samayoa (Stellvertreter), Luis Rosales (Stellvertreter).

CC entscheidet zugunsten der ex-Militärs

Das Regionale Ausbildungskommando für Friedenssicherungseinsätze (CREOMPAZ) befindet sich in Cobán, Alta Verapaz. Während des internen bewaffneten Konflikts fungierte es "als geheimes Zentrum für illegale Verhaftungen,

Folter, aussergerichtliche Hinrichtungen, gewaltsames Verschwindenlassen und Vergewaltigungen", wie es in den Beschwerden sozialer Organisationen und in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft heisst.

Die Begünstigten des Beschlusses des CC, die sich nun nicht vor Gericht verantworten müssen, sind: Manuel Benedicto Lucas García, ehemaliger Generalstabschef des Heeres; Carlos Augusto Garavito Morán, ehemaliger Oberstleutnant; José Antonio Vásquez García, ehemaliger Offizier; César Augusto Cabrera Mejía, ehemaliger Geheimdienstoffizier; Juan Ovalle Salazar, ehemaliger kommandierender Offizier; Ismael Segura Abularach, pensionierter Offizier und Gustavo Alonzo Rosales García, pensionierter Offizier. Alle wurden wegen des Verschwindenlassens von Personen und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

Anklageschrift

Die Ermittlungen in diesem Fall begannen im Februar 2012 nach einem Urteil in dem als Plan de Sánchez bekannten Fall, in dem acht Personen zu insgesamt 7.710 Jahren Haft verurteilt wurden. Während des Prozesses gaben Zeugen an, dass es in der Militärzone 21 in Cobán einen geheimen Friedhof gebe.

Im selben Jahr begann die Staatsanwaltschaft (MP) mit Ausgrabungen auf dem Militärgelände, die drei Jahre lang andauerten. Bei den Ausgrabungen fanden die Behörden 558 menschliche Überreste. Die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte stellte fest, dass es sich um 90 Minderjährige, 443 Erwachsene, Männer, Frauen und ältere Erwachsene und 22 unbestimmte Überreste handelt. Von diesen 558 menschlichen Überresten wurden 97 mittels Dann-Analyse identifiziert. (La Hora)

Unschöne Feier: Aggressionen des Dekans der Agronomie gegen Studierende angezeigt

Guatemala, 21. Februar - Während der Begrüßungsfeier für die Studierenden der Fakultät für Agrarwissenschaften der Universität San Carlos de Guatemala (USAC) am 20. Februar auf dem Zentralcampus kam es zu einem gewalttätigen Übergriff auf zwei Studierende, die von der internen Sicherheitskraft der USAC und dem amtierenden Dekan Marvin Roberto Salguero Barahona angegriffen wurden.

Mehrere Studierenden prangerten öffentlich an, dass der amtierende Dekan zusammen mit Sicherheitsbeamten der Einrichtung zwei Studierende körperlich angegriffen und ihnen mehrere stumpfe Verletzungen zugefügt habe. Ronnie Hiram López González, Leiter der internen Sicherheit, war bei der Aktion anwesend.

Augenzeugenberichten zufolge begann Dekan Salguero während der Aktion, einen der Studenten mit Fusstritten zu attackieren, um ihm an der Teilnahme an der Feier in der Fakultät zu hindern. Die Universitätsgemeinschaft fordert die Entlassung von Salguero. Nach den Schlägen zerstörten sie sogar das Mobiltelefon, mit dem der Student den Angriff aufgezeichnet hatte. Angesichts dieser Aggression versuchte ein Student des Streikkomitees zu vermitteln, um Salguero zu stoppen, als der interne Sicherheitsdienst der USAC eingriff und Gewalt gegen den Studenten anwandte und ihn körperlich angriff.

Sahara Méndez, studentisches Mitglied des Verwaltungsrats der Fakultät für Agrarwissenschaften, griff ein und sprach mit den Sicherheitsbeamten und dem Leiter des Sicherheitsdienstes, Ronnie Hiram López. Letzterer argumentierte, dass die Aktivitäten der Sicherheitskräfte den "Regeln für öffentliche Aktivitäten" entsprechen würden, die kürzlich vom Hochschulrat (CSU) verabschiedet wurden. Laut einem Kommuniqué der Studentenvereinigung AEU "Oliverio Castañeda de León" verletzen diese Regeln die Meinungs- und Organisationsfreiheit der Universitätsgemeinschaft und die verfassungsmässigen Garantien jeder Person, weshalb sie ihre Aufhebung fordern.

Ein weiterer gewalttätiger Vorfall, an dem der Sicherheitschef der USAC beteiligt ist

Ronnie Hiram López, der mit Walter Mazariegos verbunden ist, der 2022 das Rektorat durch Wahlbetrug an sich riss, war bereits in mehrere Gewalttaten verwickelt. Er war eine Schlüsselfigur bei der Kriminalisierung von Studierenden und bei Gewalttaten gegen die Universitätsgemeinschaft.

Er ist derzeit Zeuge der Staatsanwaltschaft im Fall USAC: Politische Beute [*die sich gegen SEMILLA und die Präsident*innen richtet, d.Red.*]. Ausserdem war er an dem gewalttätigen Überfall auf dem Zentralcampus beteiligt, bei dem am 4. August 2022 ein Fahrzeug in Brand gesetzt wurde; zudem war er am 22. September 2023 an einer gewalttätigen Auseinandersetzung innerhalb der USAC-Einrichtungen mit Marvin Hernández, "dem Trommler", beteiligt, der einem der Komitees des Osterstreiks (Huelga de Dolores) vorsteht.

Nach dem Vorfall rief die Vereinigung der Agronomie-Studierenden "Robín García" zu einer ausserordentlichen Versammlung auf, um die Ereignisse vom 20. Februar und die fehlenden Wahlen zum Dekan dieser Fakultät zu diskutieren. Die Dekanatsverwaltung beschloss jedoch, den akademischen Betrieb ohne jede Begründung auszusetzen.

Als Reaktion auf die institutionelle Gewalt fand eine Mobilisierung der Universität statt, die in einer Sitzblockade vor dem Rektorat gipfelte, bei der erneut Walter Mazariegos Biolis, ehemaliger Dekan der Geisteswissenschaften, als Rektor abgelehnt und ein Ende der Repression an der USAC gefordert wurde.

Die Vereinigung der Studierenden der Naturwissenschaften und der Mathematik AEFM brachte ihre Empörung über die Gewaltakte zum Ausdruck und solidarisierte sich mit der Vereinigung der Studierenden der Agrarwissenschaften.

Auf der ausserordentlichen Versammlung wurde beschlossen, Marvin Salguero als Dekan der Fakultät für Agrarwissenschaften abzulehnen und die Repressionen öffentlich anzuprangern. Die Versammlung plante mehrere Aktionen für die kommenden Tage, um den Übergriffen der Behörden und den Absichten, Gewalt innerhalb der Universität zu erzeugen, entgegenzutreten. (Prensa Comunitaria)

USAC-Fall: Gericht verschärft Straftatbestand für Studierende und Mitarbeiter*innen

Guatemala, 15. Februar - Die Richter*innen des Ersten Berufungsgerichts gaben der Berufung der Staatsanwaltschaft teilweise statt und wiesen den Richter der vorherigen Instanz, Víctor Cruz, an, den Straftatbestand der Usurpation in den der schweren Usurpation umzuwandeln, ein Tatbestand, der schwerwiegender ist als der ursprüngliche.

Die Entschliessung bestätigt auch die vorläufige Freilassung der Studierenden und Mitarbeiter*innen der Universität San Carlos (USAC), die wegen der Unterstützung der Universitätsbewegung, die die Einsetzung von Walter Mazariegos als Rektor ablehnte, kriminalisiert wurden. Die Entscheidung betrifft Eduardo Antonio Velásquez Carrera, Andrea Marcela Blanco Fuentes, Javier Alfonso De León Gómez, Alfredo Enrique Beber Aceituno, Rodolfo Chang Shum und Martin Jorge Macario, die am 16. November 2023 verhaftet wurden.

"Es ist zwar richtig, dass die Angeklagten wegen des Verbrechens der Usurpation angeklagt wurden, weil sie versucht haben, das Eigentum anderer anzugreifen, indem sie Handlungen vornahmen, die darin bestanden, sich des Eigentums oder der Rechte anderer zu bemächtigen, oder weil es sich um einen illegalen Aufenthalt in einer Immobilie handelte, aber es ist auch richtig, dass im vorliegenden Fall das Verbrechen der schweren Usurpation und nicht das Verbrechen der Usurpation in die in Artikel 257 des Strafgesetzbuches festgelegten Sinne passt", heisst es in juristischer Sprache in der Entscheidung der Kammer.

Erste Anhörung von weiteren Personen

Der Richter des Zehnten Strafgerichtshofs hält derzeit eine erste Anhörung von weiteren Studierenden, Gewerkschafter*innen und Universitätsangestellten ab, die mit dem Fall gegen den Universitätswiderstand in Verbindung stehen.

An der Anhörung nehmen teil: Cindy Gabriela Dávila Morales, die Schwester des ehemaligen Abgeordneten Aldo Dávila; Hada Marieta Alvarado Beteta; Amílcar Enrique Bremer Ramírez; Kevin Alexander Junior Carrera Vielman; Juan José García Marroquín; Miguel Ángel Vásquez Rodríguez; Paulo Roulet Pellecer; und Andrea Nicole Prera De León.

Gegen sie alle waren Haftbefehle wegen fortgesetzter Schändung von Kulturgütern, fortgesetzter schwerer Usurpation, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Aufwiegelung erlassen worden. Die Haftbefehle wurden jedoch aufgrund des Interesses der Angeklagten an einer Klärung ihrer rechtlichen Situation aufgehoben. (Prensa Comunitaria)

Jubiläums-Heft 800: Habt Ihr Ideen, wie wir es begehen wollen? Habt Ihr was zu berichten?

Wir nähern uns unaufhaltsam dem Heft 800 der ¡Fijáte! Wir überlegen noch, in welcher Form wir das Jubiläum redaktionell begehen wollen. Wenn jemand von Euch eine Idee hat, dann meldet Euch doch unter fijate@mail.de. Danke!

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6